

# ¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 733

Mittwoch, 7. Juli 2021

28. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

<b>Landkonflikt und Kriminalisierung des Widerstands in Chicoyogüito, Alta Verapaz.....</b>	<b>1</b>
PBI-Guatemala begleitet die Anhörung für 21 verhaftete Indigene.....	2
Hintergrund von Chicoyoguito und der Zona Militar No. 21.....	2
Die Geschichte von Olivia.....	3
<b>Josué Lemus tritt als Verkehrsminister zurück und wird wieder Kongressabgeordneter.....</b>	<b>4</b>
<b>Institut für die Opfer: Nach neun Monaten Ermittlungen und Ungereimtheiten.....</b>	<b>4</b>
<b>Das Projekt Ceipa in Xela.....</b>	<b>6</b>

### Landkonflikt und Kriminalisierung des Widerstands in Chicoyogüito, Alta Verapaz

**18. Juni 2021** Enteignung ihrer Territorien und Kriminalisierung. Das ist die Realität, mit der eine Gemeinde konfrontiert ist, die seit mehr als 50 Jahren Gerechtigkeit für die Vertreibung von ihrem Land fordert. Jetzt stehen 21 Gemeindeglieder vor Gericht. Seit 2008 führt die Gemeinde Chicoyogüito jedes Jahr einen friedlichen Marsch durch, um Gerechtigkeit für die Zwangsräumung zu fordern.

Am vergangenen 9. Juni wurden 21 Männer, die an dem Marsch teilgenommen hatten, verhaftet und wegen schwerem Landfriedensbruch angeklagt, während Frauen und Mädchen auch von Mitgliedern der Nationalen Zivilpolizei (PNC) angegriffen wurden, sagte Jovita Tzul, die Anwältin der Gemeinde Chicoyogüito. "Der Zweck der Demonstration war es, die Anwesenheit der staatlichen Behörden zu fordern, um eine Verpflichtung einzugehen. Dies war nicht mehr möglich, da die Gemeinde von der Polizei gewaltsam vertrieben wurde, ohne angehört zu werden. Die Polizei beschuldigte sie, sich das Land aneignen zu wollen, aber die Absicht der Gemeinde war es, gehört zu werden, weil sie wegen der Pandemie nicht vor dem (Sitz des) Departement-Gouverneursbüros stehen durfte", sagte Tzul. Laut der Anwältin waren die meisten Menschen, die von der PNC angegriffen wurden, ältere Menschen und Frauen. "Es gab Schüsse, aber zum Glück trafen die Kugeln niemanden", sagte sie. Vier der Gemeindeglieder wurden von der PNC beschuldigt, sie angegriffen zu haben.

Die erste Aussageanhörung findet vor dem erstinstanzlichen Gericht in Cobán statt. Die 21 Personen wurden in ein Internierungszentrum in derselben Gemeinde gebracht.

#### Die Geschichte wiederholt sich

"Wir wollen, dass sie die 21 Kamerad\*innen freilassen, weil sie des Landfriedensbruchs beschuldigt werden, aber die Wahrheit ist, dass sie nicht eingedrungen sind, sondern friedlich marschiert sind", beharrte Olivia Sierra, eine Menschenrechtsaktivistin aus der Gemeinde (*siehe auch unten mehr über sie, d.Red.*).

Während die Forderungen der Gemeinschaft vom Staat nicht erfüllt werden, wird ihr Kampf kriminalisiert, und diejenigen, die früher in der Gemeinschaft lebten, sehen sich nun mit Bedingungen der Armut konfrontiert.

Das Zentrum für Menschenrechtsaktion (CALDH) führte eine Gemeindebefragung unter den Bewohnern von Chicoyogüito durch, die ergab, dass die Familien von einem Tag auf den nächsten leben, mit einem Einkommen von weniger als 300 Q (= 31,88 €) im Monat auskommen müssen, kein Land haben, das sie bewirtschaften können. Aufgrund der Verhaftungen sind diese nun ohne Arbeit.

"Viele Menschen, die seit 1968 vertrieben worden sind, mieten Häuser und Land. Jetzt nehmen sie uns das Land weg, weil wir alt werden und nicht mehr arbeiten können", sagte Sierra. Dies beeinträchtigt die Entwicklung der Kinder und verursacht Nervenzusammenbrüche bei Frauen.

"In diesem Fall besteht der Landkonflikt gegenüber der guatemaltekischen Armee und durch Dialog sollte die Rückgabe erreicht werden. Es hat sogar bereits Zusagen gegeben, die aber nicht erfüllt wurden", sagte Tzul.

Die CALDH, Einheit der Menschenrechtsverteidiger\*innen (UDEFEUGA), das Team der Gemeindestudien, die Psychosoziale Aktion und der Koordinator des Netzwerks „Nie mehr Genozid“ forderten die Freilassung der 21 Personen und erinnerten daran, dass dies nicht das erste Mal sei, dass der Staat die Rechte der Gemeinde verletze. "Zu diesem Zeitpunkt ist es dringend notwendig, die Gemeinde von Chicoyogüito zu begleiten und zu unterstützen, um die Freilassung der inhaftierten Gemeindeglieder zu erreichen. Es ist auch notwendig, die Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, denen sie seit ihrer Verhaftung und bis heute ausgesetzt sind", heißt es im Kommuniqué der Organisationen. (Jody García, laCuerda)

### **PBI-Guatemala begleitet die Anhörung für 21 verhaftete Indigene**

Am 18. Juni berichtete Prensa Comunitaria über die erste Anhörung von 21 Bewohner\*innen von Chicoyogüito, die am 9. Juni verhaftet wurden, als sie sich auf die Teilnahme an einer Demonstration vorbereiteten, um die Rückgabe ihres 1968 von der Armee enteigneten Landes zu fordern. Prensa Comunitaria merkt an: "Journalist\*innen, die die erste Anhörung der 21 Beschuldigten dokumentieren wollten, konnten das Gericht nicht betreten". "Die Anhörung begann gegen 9 Uhr morgens." "Die Demonstrant\*innen sagten, dass sie nicht beabsichtigten, eine Landbesetzung durchzuführen, sondern die Rückgabe ihres Landes zu fordern, das 1968 von der Armee enteignet wurde, um die Militärzone Nummer 21 zu bauen, die ein Zentrum für illegale Inhaftierungen, Folter und außergerichtliche Hinrichtungen war." Der Artikel fügt hinzu: "Ausserhalb des Gerichtsgebäudes drückten Dutzende von Mitgliedern der Gemeinde ihre Solidarität mit den Inhaftierten aus und forderten ihre Freilassung. 'Wir sind keine Invasor\*innen' und 'Politische Gefangene' war auf den Transparenten zu lesen, die sie trugen." Das CALDH hat ebenfalls erklärt, dass die Polizei bei der Verhaftung der Landrechtsverteidiger\*innen am 9. Juni exzessive Gewalt angewandt, einige der Demonstranten verletzt und das Recht auf Demonstrationsfreiheit missachtet habe. CALDH stellt weiterhin fest, dass die Verhafteten in das Strafzentrum Cobán gebracht wurden, ohne dass ihre Verletzungen behandelt worden seien. (...)

### **PBI-Begleitung in Chicoyogüito**

PBI-Guatemala begleitet die Chicoyogüito Nachbarschaftsvereinigung in Alta Verapaz (AVECHAV), die die 250 Familien vertritt, die durch den Bau der Militärbasis von ihrem Land vertrieben wurden. Die Überlebenden und Angehörigen der vertriebenen Familien fordern weiterhin, dass ihnen ihr Land zurückgegeben wird und die Enteignung durch das Militär ein Ende hat. #JusticiaParaChicoyogüito (Veröffentlicht von Brent Patterson, PBI Kanada am 18. Juni 2021)

### **Hintergrund von Chicoyogüito und der Zona Militar No. 21**

Am 28. Juli 1968 wurden wir Bewohner\*innen der Q'eqchi'-Gemeinde Chicoyogüito vertrieben und unser Land zwangsenteignet, um die Militärzone Nr. 21 einzurichten, wo während des internen bewaffneten Konflikts schwere Menschenrechtsverletzungen begangen wurden. Jedes Jahr führen wir Überlebenden der Gemeinde einen friedlichen Demonstrationzug zur ehemaligen Militärzone durch, die heute das Hauptquartier von CREOMPAZ, dem Regionalkommando für die Ausbildung von friedenserhaltenden Maßnahmen, ist. Das Ziel des Marsches war es, die Vertreibung und Enteignung, die wir erlitten haben, anzuprangern, Gerechtigkeit, die Rückkehr in unser Territorium und eine würdige Wiedergutmachung zu fordern.

Dieses Jahr haben wir beschlossen, in die Hauptstadt zu kommen, um unseren Kampf für Wahrheit, Erinnerung und Gerechtigkeit weiter zu positionieren. (Maya-Gemeinde Q'eqchi' Chicoyogüito, 28. Juli 2018).

### **Unsere Geschichte**

In präkolumbianischer Zeit wurden die Gemeindegebiete der Q'eqchi', Chipoc, Petet Chixic, Chicoyou und Chicoyogüito, gegründet. Während der Zeit der Invasion und Kolonisation wurde die Bevölkerung dem spanischen Regime unterworfen und die Diözese La Verapaz wurde gegründet, mit dem Ziel, die Gebiete der Gemeinde zu christianisieren. Während der liberalen Reform und der deutschen Kolonisation wurden die kommunalen Territorien in deutsche Kaffeeplantagen umgewandelt. Dies war die erste Enteignung: Der Staat Guatemala erkennt den historischen Besitz des Landes der Gemeinde Chicoyogüito nicht an und übergab die für unkultiviert erklärten Ländereien an Francisco Matthies, der 1903 die Farm 2143 gründete. 1923 verkaufte Matthies einen Teil des Landes an Jacobo und Alfredo Kriss, wodurch die Farm 6095, genannt Chicoyogüito, entstand.

1944 wurden die deutschen Bauernhöfe enteignet und verstaatlicht und die Gemeindegebiete von Chicoyogüito und Chicoyou wurden zugunsten der Nation titulierte. Im Jahr 1968, zu Beginn des internen bewaffneten Konflikts, wurden die Familien der Gemeinde von der guatemalteckischen Armee vertrieben, da unser Territorium als strategisch betrachtet wurde, um die Politik der Aufstandsbekämpfung einzuleiten und die Militärzone 21 (ZM 21) einzurichten. Die Folgen waren Zwangsvertreibungen, die Verlagerung von Gemeinden (sog. Modelldörfer, vom Militär kontrolliert, d.Red.), Massaker gegen ganze Gemeinden und die Zwangsrekrutierung indigener Jugendlicher zum Militär.

Als ZM 21 gegründet wurde, wurden die Familien von Chicoyogüito zerstreut. Der Staat gab uns weder Land, noch gab er uns unsere Häuser zurück oder reparierte die entstandenen Schäden. Familien aus Chicoyou, Chipoc und Petet Chixic lebten wie Siedler\*innen auf den Farmen unter Kontrolle der Armee.

Zwischen 1984 und 1986 gründete das Verteidigungsministerium die Colonia 30 de Junio und vergab Ländereien an militärische Spezialisten aus ZM 21. Mit der Unterzeichnung der Friedensverträge 1997 wurde festgelegt, dass der Staat die Schäden, die den Opfern des bewaffneten Konflikts zugefügt wurden, vollständig wiedergutmachen müsse. Doch

1996 liess das Verteidigungsministerium die Ländereien von Chicoyou und Chicoyogüito zu seinen Gunsten als Farm Nr. 2143 in das Grundbuch von Alta Verapaz, Foliant 140, Buch 9 eintragen. 1999 zerstückelte das Nationale Institut für Agrartransformation (INTA) die Ländereien der Chicoyou-Farm, die von der Armee verwaltet wurden, und vergab sie an pensionierte Militärs. Während des internen bewaffneten Konflikts wurde ZM 21 zum Zentrum der militärischen Koordination und des Geheimdienstes sowie zu einem geheimen Zentrum für illegale Verhaftungen, Folter, außergerichtliche Hinrichtungen, gewaltsames Verschwindenlassen und sexuelle Übergriffe von 1978 bis 1990.

Zwischen 1999 und 2010 leiteten die Gemeinden Chicoyou, Petet und Chipoc Verfahren ein, um das Land, auf dem sie leben, in Besitz zu nehmen, während die Munitionsfabrik der Armee zwischen 2002 und 2008 Grundstücke an Spezialisten und Offiziere in freiwilligem Ruhestand vergab.

Im Jahr 2005 wurde diese militärische Zone umgewandelt in CREOMPAZ, deren Aufgabe die "Vorbereitung, Ausbildung und Schulung von militärischem, zivilem oder polizeilichem Personal, national oder ausländisch" ist, „das an friedenserhaltenden Operationen teilnimmt, damit diese die von den Vereinten Nationen geforderten Anforderungen optimal erfüllen können".

Im Jahr 2012, während des Strafprozesses zum Massaker von Plan de Sánchez, sagten Zeug\*innen über die Existenz von Massengräbern in der ehemaligen ZM 21 aus. Das Urteil im Fall Plan de Sánchez ordnete die Untersuchung dieser geheimen Gräber an. Daraufhin wurden 568 Knochen von Mädchen, Jungen, Männern und älteren Menschen, die in illegalen Gräbern gefunden wurden, in ZM 21 exhumiert, bekannt als der Fall CREOMPAZ.

Im Jahr 2016 hat sich die Chicoyogüito Nachbarschaftsvereinigung in Alta Verapaz (AVECHAV) als Kläger\*in im Fall Creompaz gegründet, ein Prozess, der bis heute ins Stocken geraten ist.

### **Stimmen des Kampfes**

Die Installation des ZM 21 bedeutete für die Völker der Q'eqchi', Achi und Poqomchi' verbrannte Erde, Entwurzelung, Entführung, Folter, gewaltsames Verschwinden und Tod von Tausenden von Brüdern und Schwestern, die von einem anderen Land träumten, weswegen sie vom Staat als innere Feinde betrachtet wurden.

In ähnlicher Weise hat die guatemaltekische Armee, die sich nicht mit der Enteignung und Entwurzelung unseres angestammten Landes zufrieden gab, Dutzende von Brüdern und Schwestern zur Zwangsarbeit gezwungen und sie während des Krieges zu militarisierten Siedler\*innen gemacht. Es waren mehr als 35 Jahre der Unterwerfung, der militärischen Knechtschaft, denn wir wurden gezwungen, ohne Bezahlung beim Bau, der Instandhaltung und der Reinigung von Militäranlagen zu arbeiten.

Heute, 50 Jahre nach der militärischen Enteignung, lebt die entwurzelte ursprüngliche Bevölkerung von Chicoyogüito unter Bedingungen extremer Armut, die durch die militärische Enteignung unserer Ländereien verursacht wurde. Wir fordern daher, dass der Staat Guatemala die Bestimmungen des Friedensabkommens einhält, insbesondere das Abkommen über die Wiederansiedlung der entwurzelten Bevölkerung, um die Ländereien zurückzugeben, die wir ursprünglich bewohnt und von unseren Vorfahren geerbt haben und die sich heute in den Händen der guatemaltekischen Armee befinden und Eigentum der guatemaltekischen Nation sind, die dem Verteidigungsministerium untersteht. Wir fordern, dass die guatemaltekische Justiz den als CREOMPAZ bekannten Fall weiterverfolgt und die Schuld der Militärführung von 1970 bis 1982 für das gewaltsame Verschwindenlassen, die Folter und die Ermordung von 568 Jungen, Mädchen, Männern, Frauen und älteren Menschen feststellt. ([Pensamientos Guatemala 27 Juli 2018](#))

### **Die Geschichte von Olivia**

"Als sie ankamen, hatten meine Großeltern keine Zeit, ein einziges Kleidungsstück oder ein bisschen Essen mitzunehmen, bevor sie zur Flucht gezwungen wurden", sagt Olivia, eine leidenschaftliche und entschlossene Maya-Gemeindeleiterin aus Alta Verapaz. Im Jahr 1968 wurden Olivias Großeltern brutal aus ihren Häusern vertrieben. Die gesamte Gemeinde von Chicoyogüito wurde entwurzelt. Die guatemaltekische Armee wollte ihr Land, um ein militärisches Ausbildungszentrum zu errichten. Schließlich wurde das von der Armee besetzte Land - bekannt als Militärzone 21 - zu einem Gefangenenlager und zu einem Ort für Massaker während des blutigen Bürgerkriegs in Guatemala. "Als die Streitkräfte ankamen, begannen sie zu schießen, und die Menschen wurden geschlagen. Die Menschen begannen zu fliehen, und einige fielen in den Fluss. Geschwister wurden getrennt. Über 200 Familien wurden vertrieben", erzählt Olivia.

### **Ohne Land zurückgelassen**

Gezwungen, ihr angestammtes Land zu verlassen, zog Olivias Familie nach Cobán, der Hauptstadt von Alta Verapaz. "Wir wurden ohne Land, ohne Häuser, ohne Essen und ohne Kleidung zurückgelassen. Wir haben kein Territorium und kein Land, das wir bewirtschaften können. Es gibt kein Land, auf dem wir Mais und Bohnen anbauen können." Olivia erinnert sich an die Geschichten ihrer Großmutter über ihr Leben in der Gemeinde Chicoyogüito. Olivia lächelt. "Meine Großeltern verdienten ihren Lebensunterhalt mit dem Anbau von Mais, Bohnen, Yucca und mit der Viehzucht. Sie hatten alles, was sie brauchten. Es gab heiliges Wasser in den Hügeln, früher gab es keine Traurigkeit, keinen Schmerz und keinen Hunger."

Die Verbindung zum Land der Vorfahren sitzt tief. "Wann immer ich an meine Großmutter denke, die gezwungen war zu fliehen, fühle ich ihren Schmerz", sagt Olivia mit Tränen in den Augen.

Bis heute wird das Land von Chicoyogüito als UN-Friedenstrainingbasis genutzt und ist weiterhin Militärgelände. Olivia ist wütend: "Die Armee leugnet, dass unsere Gemeinde Chicoyogüito existiert und sie haben uns nie die Erlaubnis zum

Betreten gegeben."

### **Kämpfen für ihr Land**

Doch Olivia ist entschlossen, auf das Land ihrer Vorfahren zurückzukehren. "Nach 40 Jahren hat sich die Gemeinschaft von Chicoyogüito wieder zusammengefunden. Wir sind die Kinder und Enkelkinder von Chicoyogüito. Wir müssen für unsere Eltern, unsere Großeltern und unsere Mutter Erde kämpfen." Auf die Frage nach ihren Hoffnungen für die Zukunft, spricht Olivia mit Leidenschaft: "Ich möchte, dass wir auf dieses Land zurückkehren und dass die Soldaten nicht mehr da sind. Unser Traum ist, dass unsere Kinder und Enkelkinder nicht so leiden müssen wie wir."

CALDH dokumentieren die Zahl der Todesfälle und Geburten im Zusammenhang mit der Chicoyogüito-Gemeinde. Sie fordern weiterhin die Autoritäten heraus - diejenigen, die aufgrund ihrer Machtpositionen straffrei sind - die zugelassen haben, dass Menschenrechtsverletzungen gegen verletzte Gemeinschaften begangen werden, die einfach nur ihr Land verteidigen. Diese rechtliche Unterstützung ist Teil eines dreijährigen regionalen Projekts für Menschenrechtsverteidiger\*innen in Lateinamerika, das von der EU mitfinanziert wird. Gemeinsam konzentrieren wir [*die Catholic Agency for Overseas Development, die Autor\*innen dieses Artikels, d.Red.*] uns auf Menschen, die ihr Land, ihr Territorium und ihre Umwelt verteidigen, zum Wohle von uns allen.

### **Die Angst abbauen**

CALDH bietet sowohl rechtliche als auch psychosoziale Unterstützung. Sie decken die Wahrheit darüber auf, was der Chicoyogüito-Gemeinde widerfahren ist und helfen dabei, ein historisches Gedächtnis aufzubauen. Sie arbeiten eng mit der Gemeinde zusammen, um Angst und Schweigen zu durchbrechen und die Menschen dabei zu unterstützen, ihre Rechte besser zu verstehen. "Unsere Geschichte, unsere Erinnerungen, unsere Geschichten und Zeugnisse werden dokumentiert", sagt Olivia stolz. "Wir führen eine Volkszählung durch und sammeln Dokumente, um zu zeigen, wie viele Menschen Teil der Chicoyogüito-Gemeinschaft sind. Jeden 21. Juli marschieren wir acht Tage lang und bringen Banner und Dinge mit, um den Leuten und dem Militär zu zeigen, dass die Chicoyogüito-Gemeinschaft existiert." Olivia ist eine Mutter. Sie macht sich Sorgen um ihre Arbeit als Menschenrechtsverteidigerin. "Ich mache mir Sorgen um mein Leben, weil ich Kinder habe. Wenn mir eines Tages etwas zustößt, was wird dann aus ihnen?"

### **Wir dürfen nicht schweigen**

Trotz dieser sehr realen Ängste setzt sich Olivia weiterhin mit ganzem Herzen für den Kampf ihrer Gemeinschaft ein: "Für mich geht es bei diesem Projekt darum, Gerechtigkeit zu erreichen und für unser Territorium zu kämpfen. Ich möchte, dass die politischen Führer\*innen und Richter\*innen unser Wort als indigenes Volk, als Menschen, respektieren". "Meine Botschaft an alle Menschenrechtsverteidiger\*innen auf der ganzen Welt ist, dass wir nicht schweigen dürfen. Lasst uns unsere Stimme als indigene Menschen erheben. Lasst uns unsere Stimme erheben, um zu zeigen, dass wir existieren. "Lasst uns nicht aufgeben. (...) Dieses Land gibt uns Leben." (CAFOD = Catholic Agency for Overseas Development, London, Romero-House, 27. März 2020)

## **Josué Lemus tritt als Verkehrsminister zurück und wird wieder Kongressabgeordneter**

**Guatemala, 29. Juni** - Josué Lemus gab diesen Dienstag, den 29. Juni, bekannt, dass er sein Amt als Verkehrsminister verlässt, nachdem die Exekutive seinen Rücktritt angenommen hat. Er sagte auch, dass er in den Kongress zurückkehren werde, um sein Mandat als Abgeordneter für Quiché wieder wahrzunehmen.

"Ich hatte mein Amt als Minister zur Verfügung gestellt und heute wurde mein Rücktritt angenommen. Ich habe gerade meinen Posten als Minister übergeben und hoffe, in den nächsten Tagen zurückzukehren, um meine parlamentarischen Pflichten zu erfüllen", sagte Lemus gegenüber "La Red". Er sagte auch, dass es viele Projekte in Guatemala gebe, aber dass seine Nachfolger diese dann verfolgen werden.

Lemus, der 17 Monate im Amt war, fügte hinzu: "Das Leben besteht aus Zyklen und denken Sie daran, dass ich auch zum Abgeordneten des Departements Quiché gewählt wurde und ich denke, dass das auch wichtig ist. Wir können auch das Vertrauen ehren, dass meine Wähler\*innen in Quiché in mich setzen".

Bei seiner Ankunft im Kongress schloss Lemus aus, das Amt des Kongresspräsidenten anzustreben, wie gesagt wurde. "Nein, wir werden von der Regierungsfraktion aus in der Legislative das Land unterstützen", sagte er. Sein Amt als Verkehrsminister werde es ihm erlauben, wichtige inhaltliche Aspekte in die Kongressarbeit einzubringen. Was er damit genau meinte, führte er nicht aus.

Nach eigener Einschätzung habe er seine Rolle an der Spitze des Ministeriums erfüllt, besonders wenn man berücksichtige, dass das Land vor großen Herausforderungen stehe, wie die Pandemie und den Naturkatastrophen der Stürme.

Während seiner Amtszeit habe er mehr als hundert Projekte gefördert und weitere seien "in der Pipeline", und er fügte hinzu, dass der/die neuen Amtsinhaber\*in die Kontinuität der Projekte wahren werde.

Nach Angaben des Sekretariats für soziale Kommunikation der Präsidentschaft wird die Exekutive am kommenden Donnerstag bekannt geben, wer das Amt des oder der Verkehrsminister\*in übernehmen wird. (Prensa Libre)

## **Institut für die Opfer: Nach neun Monaten Ermittlungen und Ungereimtheiten**

**Guatemala, 26. Juni** - Das Institut für die Opfer, kaum neun Monate alt, hat bereits zwei strafrechtliche Ermittlungen gegen sich laufen und Akten angehäuft, die nach Ansicht von Organisationen im Justizbereich den Umfang der Aufgaben, für die es geschaffen wurde, kaum bewältigen kann. Das Institut ist aus der Notwendigkeit heraus entstanden, Opfern von Straftaten kostenlosen Rechtsbeistand zu gewähren, sowie andere Dienstleistungen, einschließlich juristischer, psychologischer und sozialer Dienste. Es begann 2008 als eine Erweiterung des Instituts für öffentliche Strafverteidigung (IDPP), bei den sog. Femizid-Gerichten im Gebäude der Justiz (sog. Gerichtsturm). Die Nachfrage überstieg die Betreuungsmöglichkeiten, sodass der Kongress 12 Jahre später das Institut für die Opfer schuf. Der damalige Präsident Jimmy Morales ernannte Alejandra Carrillo für vier Jahre zur Direktorin. Sie war nicht wiedergewählt worden und war wenige Wochen zuvor als Kongressabgeordnete ausgeschieden. Das Institut nahm im September 2020 seine Arbeit auf und erhielt im September 2020 1.802 Fälle, 973 aus der Hauptstadt und der Rest aus seinen Büros in 12 Departamentos. María del Carmen Estrada, ehemalige Leiterin der nationalen Koordination des kostenlosen Rechtsbeistands des IDPP für Opfer und ihre Familien, erklärte, dass sie während ihrer Zeit als Verantwortliche für das Programm mehr als 100.000 Anfragen für Dienstleistungen bearbeitet haben.

Für Lilian Ninneth Vásquez Pimentel, Direktorin einer Anwaltskanzlei für Menschenrechte mit Schwerpunkt auf Frauenrechte, ist eine der Schwächen des Instituts, dass es nicht die gleiche Reichweite hat wie die Rechtsverteidigung in der Provinz. (...) "Sie haben nicht die Reichweite, die die kostenlose Rechtshilfe hatte, und das führt zu einem Mangel an adäquater und sorgfältiger Betreuung der Opfer, die sich keinen Anwalt leisten können. (...) Es hat drei Jahre gedauert, bis das Gesetz verabschiedet wurde und dem Institut 50 Mio. Q (= 5,321 Mio. €) genehmigt wurden", sagt Vasquez. Claudia Hernández, Direktorin der Stiftung der Überlebenden, weist darauf hin, dass das Institut mitten in der Pandemie gegründet wurde, was seine Arbeit beeinflusst haben könnte. Sie fügt hinzu, dass es notwendig sei, die Aufgaben und Dienstleistungen der Beratungsstelle bekannt zu machen, da diese sich nicht nur auf die Betreuung von Fällen von Gewalt gegen Frauen beschränken.

### **„Amt für Arbeitsbeschaffung“**

In weniger als 10 Monaten hat das Institut für die Opfer zwei Ermittlungen und mehrere Durchsuchungen in seinen Räumlichkeiten hinter sich. Im ersten Fall geht es um eine Beschwerde im Zusammenhang mit der möglichen Übertreibung der Miete für die Zentrale, die sich in Zone 10 befindet. Laut dem Transparenzportal der Institution werden monatlich 113.000 Q (= 14.154 €) für die Miete des Gebäudes gezahlt.

Laut Anti-Korruptions-Staatsanwalt Gabriel Pantaleón, (...) führt die Generalstaatsanwältin aufgrund dieser Ermittlungen Anfang Juni eine Razzia durch, bei der sie die Verwaltungsakte des Mietvertrags für das Gebäude beschlagnahmte. Sie wird zudem eine Sonderprüfung durch das Büro des Generalrechnungsprüfers beantragen, um festzustellen, ob bei der Auftragsvergabe alle gesetzlichen Anforderungen des staatlichen Auftragsvergabegesetzes eingehalten wurden.

Der zweite Fall betrifft die angebliche Einstellung von unqualifiziertem oder nicht vorhandenem Personal. Laut Pantaleón beruhen die Ermittlungen auf einer Beschwerde im vergangenen April, nach der die Verantwortlichen des Instituts für das Opfer 109 Personen auf anomale Weise nach einer Ausschreibung im Juli 2020 eingestellt hätten. "Was in der Beschwerde erwähnt wird, ist, dass diese 109 Personen anscheinend nicht legal an dem Verfahren teilgenommen haben, das heißt, sie haben nicht die Unterlagen vorgelegt, die die Bewerbungsqualifikationen festlegten", sagte Pantaleón. Er fügte hinzu, dass die Einstellung durch die "Patenschaft" von Beamt\*innen aus der Exekutive, Legislative und Judikative erfolgte, weshalb sie ihre Akten in die Einrichtung brachten, ohne die Anforderungen der Ausschreibung zu erfüllen. Die offenen Stellen waren für Strafverteidiger\*innen, Ärzt\*innen, Psycholog\*innen, Sozialarbeiter\*innen und Assistent\*innen ausgeschrieben, wobei die Gehälter zwischen 10.000 und 20.000 Q (= 1.064 und 2.128 €) lagen [*jährlich?*, fragt die Redaktion].

Bei der am vergangenen Donnerstag durchgeführten Razzia beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft 99 dieser Bewerbungsakten, während 10 nicht auffindbar waren, weil diese Personen offenbar nie in der Einrichtung gearbeitet haben. Das Institut teilte in einer Erklärung mit, dass es die Funktion des Staatsanwalts respektiere, sodass die Anweisung erteilt wurde, jegliche Information, die zur Klärung des Sachverhalts notwendig sei, mit Sorgfalt weiterzugeben.

### **Begrenzte Kapazitäten**

Rodolfo Díaz, Direktor der Abteilung für Rechtsbeistand des Institut für die Opfer, erklärte, dass das IDPP insgesamt 1.777 Strafsachen in verschiedenen Instanzen an sein Institut übergeben habe, 804 Fälle aus Guatemala und 973 aus Suchitupéquez, Retalhuleu, Quetzaltenango, Quiché, Alta und Baja Verapaz, Jutiapa und Petén.

"Alle von ihnen - die vom IDPP übertragenen Fälle - wurden bearbeitet. Ein Strafprozess kann in etwa drei bis fünf Jahren abgeschlossen werden, denn er beginnt mit einer Anzeige und endet mit einer Verurteilung oder ggf. mit einer Berufung. Jedem einzelnen wurde nachgegangen", sagt er.

Er fügt hinzu, dass viele dieser Fälle bereits abgeschlossen seien, andere dauerten an, weil sie von dem Verfahrensstadium abhängen, in dem sie übertragen wurden. Darüber hinaus habe das Institut mindestens 5.000 Fälle erhalten, in denen es eine Begleitung anbietet, unter Berücksichtigung der Fälle, die von der öffentlichen Strafverteidigung geliefert werden. "Wir unterstützen einige Fälle von sexueller Gewalt und Gewalt gegen Frauen, von der Verweigerung von wirtschaftlicher Unterstützung, von gewaltsamen Todesfällen von Männern, Frauen und Kindern, von leichten Verletzungen, von fahrlässigen Tötungen oder von Diskriminierung der LGBTI-Bevölkerung. Unsere Priorität ist es, allen Opfern Aufmerksamkeit zu schenken", sagt er.

Die Einrichtung bietet im Zuge des Modellprojektes Ix'kem (Maimi) in Zone 2 eine umfassende Betreuung von Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind. In Zone 2 gebe es das Modellprojekt Maina zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Es gebe weiterhin das Femizidgericht in Zone 10 am Sitz der Staatsanwaltschaft in Gerona und ein weiteres in Zone 3 von Quetzaltenango. Diaz sagt, dass sie für dieses Jahr eine Ausweitung auf andere Abteilungen planen, damit diese eine größere Abdeckung haben. (Prensa Libre)

## Das Projekt Ceipa in Xela

Guatemala durchlebt zurzeit eine schlimme humanitäre Krise. In zehn Departamentos entlang der Grenze zu El Salvador und Honduras, an der Atlantikküste und in den nördlichen Departamentos wird die Ernährungssituation vom Welt-Hunger-Index als Ernährungskrise angesehen, in den übrigen Departamentos als angespannte Ernährungssituation. Neben der schon immer hohen chronischen Unterernährung, die rund die Hälfte aller guatemalteckischen Kinder betreffen, hat auch die akute Unterernährung stark zugenommen. 2 von 10 Kindern unter einem Jahr und 4 von 10 Kindern unter zwei Jahren gelten mittlerweile als akut unterernährt. Anders als bei der chronischen Unterernährung, die vor allem Langzeitfolgen wie vermindertes Wachstum und Einfluss auf die geistige Entwicklung sowie verstärkte Anfälligkeit für Krankheiten zu verantworten hat, besteht bei akuter Unterernährung konkrete Lebensgefahr. Konkrete Todeszahlen sind jedoch schwer zu ermitteln, fünfzig Todesfälle sagt die Regierung offiziell für 2020. Demnach wäre ausgerechnet im Krisenjahr 2020 die Zahl um die Hälfte gesunken. Angesichts der Pandemie, der Wirbelstürme und extremer Trockenheit kaum glaubhaft.

In unserem Departamento Quetzaltenango gilt die Lage „nur“ als angespannt, gerade die Region um die Hauptstadt Quetzaltenango (Xela) gilt nicht unbedingt als Armenhaus Guatemalas. Trotzdem leben auch hier tausende Menschen in extremer Armut.

Mit Beginn der Pandemie haben wir begonnen, Tüten mit Lebensmitteln zu verteilen. Das Geld dafür stammte aus privaten Spenden aus Deutschland, von Freunden, Familie und politischen Weggefährten. Die ersten etwa fünfzig Tüten haben wir auf „eigene Rechnung“ verteilt, danach zusammen mit Ceipa (Centro Ecueménico de Integración Pastoral). Die aus der Tradition der katholischen Befreiungstheologie stammende Organisation betreibt seit 1989 in Quetzaltenango und mittlerweile auch in den Nachbardepartamentos Reutalhuleu und Totonicapán Schulen für arbeitende Kinder und Jugendliche, der Unterricht findet am Nachmittag und frühen Abend statt, um den Schüler\*innen trotz Arbeit einen Schulbesuch zu ermöglichen. Bis Ende Oktober letzten Jahres haben wir wöchentlich mit Ceipa Lebensmitteltüten verteilt, die Mehrheit an die Familien der Schüler\*innen von Ceipa, dabei in der Mehrzahl Familien mit alleinerziehenden Müttern. Ein Teil der Lebensmitteltüten auch an Personen, die an Ampeln und zentralen Kreuzungen in Xela mit weissen Fahnen Spenden erbat. Gerade in den ersten Monaten der Pandemie, während der strengen Einschränkungen im Land, entstanden in Xela und anderswo im Land zahlreiche Initiativen gegen die extreme Not. Exemplarisch ist hier die olla comunitaria (Küche für alle) zu nennen, die es im Parque Central in Xela schaffte, für etliche Monate über Spenden finanziert täglich mehrere hundert kostenlose Mahlzeiten auszugeben.

In diesem Jahr haben wir begonnen, die Zusammenarbeit mit Ceipa etwas nachhaltiger fortzusetzen. Im Juni haben zwanzig Familien der Schüler\*innen von Ceipa, mit insgesamt etwa 120 Kindern und Jugendlichen, aus den Spenden finanziert zehn Hühner und ein Hahn pro Familie erhalten, sowie Baumaterial für Gehege und 25 Pfund Futter. Das Projekt soll noch mit Unterstützung für Nutzpflanzen fortgesetzt werden, allerdings haben die meisten Familien nur wenig Platz zu Verfügung. Wir hoffen die Arbeit in den nächsten Jahren kontinuierlich fortzusetzen und auf mehr Familien ausdehnen zu können.

(Teresa Sum, Thorben Austen, direkt aus Xela)

**¡Fijáte!**  
vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>  
[www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

**Redaktion:**  
Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)  
Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)  
Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €  
Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

**Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:**  
IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6